



GESELLSCHAFT
SCHWEIZ-ARMENIEN

Gesellschaft Schweiz - Armenien GSA - 3003 Bern, www.gsa.swiss

Pressemitteilung

Zur sofortigen Veröffentlichung

Bern, 31. Januar 2023

Laut Migros sei Genoziddrohung kein genügender Grund, um die Verträge mit SOCAR zu kündigen

Gestern hat eine Delegation der Migrolinotsocar-Koalition die Generaldirektion des Migros-Genossenschaftsbundes in Zürich getroffen. Das Treffen war der Geschäftspartnerschaft der Migros mit SOCAR gewidmet. Die staatliche Ölgesellschaft Aserbaidschans finanziert den Krieg gegen die armenische Bevölkerung in Südkaukasus. Dazu, verletzt Baku massiv das Völkerrecht durch seine Attacken gegen Armenien und bedroht Berg-Karabach mit einer ethnischen Säuberung durch die aktuelle Blockade des Latschin-Korridors. Migros erachtet diese Verletzungen und die Gefahr eines erneuten Genozids an den Armeniern als keinen ausreichenden Grund, um den Vertrag mit dem Handelsarm der Diktatur von Baku zu kündigen. Diese Geschäftsbeziehung widerspräche - laut Migros - den in ihren Statuten fixierten menschenrechtlichen Werten nicht. Die Gesellschaft Schweiz-Armenien (GSA) kann dieses Verwischen der Geschäftsinteressen auf Kosten von Menschenrechtsverletzungen nicht akzeptieren.

Eine Delegation der Kampagnenkoalition Migrolinotsocar (www.migrolinotsocar.ch), zusammengestellt aus Ständerat Carlo Sommaruga, Nationalrat Stefan Müller-Altermatt, Christian Solidarity International (CSI) Weltpräsident John Eibner und Co-Präsident der Gesellschaft Schweiz-Armenien (GSA) Sarkis Shahinian, hat gestern 30. Januar 2023 einen Ausschuss des Verwaltungsrates der Migrosgruppe in Zürich getroffen. Laut Michel Gruber, Mitglied der Generaldirektion des Migros-Genossenschaftsbundes und CEO von Migrolino, sei der Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien unnötig. Ihre Gruppe hätte SOCAR gegenüber ihre Positionierung zum Krieg ausgelegt und kommuniziert, dass Migros Kriegspropaganda nicht unterstützt. Nun fragt sich die GSA, was das Ganze nützt, wenn kein greifbares Signal gegeben wird. Ist es wirklich so, dass lediglich Sanktionen gegen Baku der Migros erlauben würde, ihren Franchising-Vertrag mit SOCAR zu kündigen, ohne Strafen zahlen zu müssen? Die Migros beruft sich auf die Verpflichtung, laufende Verträge einhalten zu müssen und sieht keine Verbesserung der Situation für die bedrohten Armenier, sollte sie die Verträge künden. Dabei unterschätzt sie aber die ausserordentliche Signalwirkung der Partnerschaft. Eine Kündigung hätte sowohl auf das Regime in Baku wie auch die Menschen in Berg-Karabach eine unmittelbare Auswirkung.

Die GSA ist erfreut über die jüngste Haltung der Aussenpolitischen Kommissionen beider Räte. Sie verurteilen Aserbaidschan wegen seinem völkerrechtlichen Verstoss durch die Latschin-Blockade und fordern den Bundesrat auf, seine Vermittlerrolle als neues Mitglied des UNO-Sicherheitsrates zu nutzen, um die Latschin-Blockade sofort aufzuheben und eine humanitäre Luftbrücke einzurichten. Die GSA ist überzeugt, dass diese Position für die Migros ein genügendes Argument sein sollte, um den Vertrag mit SOCAR unmittelbar zu kündigen.

Obwohl die GSA enttäuscht ist über die aktuelle Position der Migros, begrüsst sie den geführten Dialog und hofft trotz der aktuell sehr unterschiedlichen Standpunkte, dass dieser weitergeführt werden kann.

Kontakte : Stefan Müller-Altermatt, Nationalrat, Co-Präsident GSA, 076 332 15 26
Sarkis Shahinian, Co-Präsident GSA, 079 407 60 51